

Organe (Angabe nach § 285 Nr. 10 HGB)

Aufsichtsrat

Gottfried Rüßmann Vorsitzender	Vorsitzender der Vorstände DEVK Versicherungen
Frank Hauenstein Stellv. Vorsitzender	Mitglied des Vorstands der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG)
Doris Fohn	Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats DEVK Versicherungen i.R.
Dr. jur. Martin Henke	Geschäftsführer für den Bereich Eisenbahnverkehr des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. (VDV)
Anne Jacobs (bis 27. November 2024)	Pressesprecherin der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Sedat Karaduman (seit 27. November 2024)	Vorstandssekretär/Referent im Büro des Stellv. Vorsitzenden Dr. Loroch der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Cornelia Wittmann	Leiterin Vorstandsbereich Vorsitzender Martin Burkert der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)

Vorstand

Dr. Nabila Abaza-Uhrberg	Overath
Annette Hetzenegger (bis 30. April 2024)	Bergisch Gladbach
Elmar Kaube	Gummersbach
Olaf Nohren	Rösrath

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Gegenstand der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG ist der Betrieb der Rechtsschutzversicherung und der Rückversicherung in diesem Versicherungszweig im In- und Ausland. Die Geschäftstätigkeit erstreckte sich auf die Bundesrepublik Deutschland. Es wurde ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft betrieben.

Im Berichtsjahr wurden alle in den "Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB)" aufgeführten Versicherungsarten (Standardgeschäft) angeboten.

Verbundene Unternehmen, Beteiligungen

Verbundene Unternehmen der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG sind der

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn, Köln,

und dessen unmittelbare und mittelbare Tochterunternehmen.

Das Grundkapital beträgt 21,0 Mio. € und ist zu 100 % eingezahlt. Es wird zu 100 % gehalten von der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, mit der ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag besteht.

Die KLUGO GmbH ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG. Sie bietet unter anderem ein Online-Portal für Rechtssuchende an.

Die Angabe unmittelbarer Anteile unserer Gesellschaft an wesentlichen verbundenen Unternehmen und Beteiligungen befindet sich im Anhang.

Funktionsausgliederung, organisatorische Zusammenarbeit

Aufgrund eines Generalagenturvertrags übernimmt der DEVK Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. die Funktion der Versicherungsvermittlung sowie die damit zusammenhängenden Aufgaben.

Allgemeine Betriebsbereiche, wie z. B. Rechnungswesen, Inkasso, IT, Kapitalanlage und -verwaltung, Personal, Revision sowie Allgemeine Verwaltung, sind für alle DEVK-Unternehmen organisatorisch zusammengefasst.

Gemäß dem Gemeinschaftsvertrag stellt uns der DEVK Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. das erforderliche Innendienstpersonal zur Verfügung.

Die mit der Schadenregulierung befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen hierbei ausschließlich Aufgaben unserer Gesellschaft wahr und unterliegen auf dem Gebiet der Schadenbearbeitung allein der Aufsicht und den Weisungen unseres Unternehmens.

Unser Unternehmen hat separate Mietverträge und verfügt gemäß seiner Nutzung über eigenes Inventar und eigene Arbeitsmittel.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2024 bewegte sich in einem Spannungsfeld aus Konjunkturschwäche bei gleichzeitigen Rekordständen am deutschen Leitindex DAX 40. Ferner spielten die Nachhaltigkeit des Rückgangs der Inflation und die damit verbundene Notenbankpolitik eine zentrale Rolle an den Kapitalmärkten. Große Auswirkungen, insbesondere auf die globalen Aktienmärkte, hatte zudem die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, während das Scheitern der Ampel-Koalition kaum Einfluss auf das Marktgeschehen hatte.

Die Europäische Zentralbank (EZB) beschloss – ausgehend von einem Einlagenzins in Höhe von 4,00 % – beginnend mit der Juni-Sitzung 2024 vier Zinssenkungsschritte von jeweils 0,25 %, sodass der Einlagenzins zum Jahresende 2024 3,00 % betrug. Die amerikanische Notenbank Fed folgte in der September-Sitzung und senkte die Zinsen in einem ersten Schritt um 0,50 % und Anfang November sowie Mitte Dezember um jeweils weitere 0,25 % auf die aktuellen Zielraten zwischen 4,25 % und 4,50 %. Gleichzeitig fiel die Inflationsrate in Europa von 2,9 % zu Jahresanfang auf 1,7 % per Ende September und somit zunächst unter das vorgegebene Ziel der EZB. Im vierten Quartal 2024 folgte ein erneuter Anstieg der Inflationsrate auf 2,4 %.

Risikofreie Zinssätze (zum Beispiel der 10-jährige Euro-Swapsatz) stiegen seit Jahresanfang unter teilweise starken Schwankungen von 2,5 % bis Anfang Juli um ca. 40 Basispunkte auf ein Niveau von ca. 2,9 % an und fielen als Reaktion auf die Zinssenkungsentscheidungen der Notenbanken wieder um knapp 80 Basispunkte bis Anfang Dezember. Zum Jahresende 2024 notierte der Wert mit 2,4 % rund 10 Basispunkte niedriger als zu Jahresbeginn. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe zeigte 2024 zunächst eine ähnliche Entwicklung bis September, stieg zum Jahresende jedoch stärker an und wies mit 2,4 % einen um 30 Basispunkte höheren Wert auf als zu Jahresbeginn. Die Inversion der Zinsstrukturkurve nahm am vorderen Ende im Jahresverlauf stark ab, sodass die Kurve ab einer Laufzeit von drei Jahren wieder eine normale Form aufweist. Für Langfrist-anleger (wie beispielsweise Lebensversicherungsunternehmen) ist insbesondere die Entwicklung am langen Ende der Zinsstrukturkurve wichtig, um mit Zinspapieren die langfristigen versicherungstechnischen Verpflichtungen adäquat erfüllen zu können. Die Risikoaufschläge auf europäische Investmentgrade-Unternehmensanleihen bewegten sich in der Jahresbetrachtung trotz der schwachen konjunkturellen Entwicklung in Europa weitestgehend seitwärts auf geringem Niveau. Konträr dazu ist die Zahl der beantragten Regelinsolvenzen in Deutschland im Vorjahresvergleich um 16,8 % gestiegen. Im besonderen Maße waren die Bereiche „Verkehr und Lagerei“ betroffen.

Aktienmärkte zeigten 2024 eine überwiegend positive Entwicklung. Kurzfristige Verwerfungen an den globalen Aktienmärkten gab es Anfang August im Zuge des Nikkei-Crashes. Das von den Marktteilnehmern unerwartet

eingeläutete Ende der Nullzinspolitik der japanischen Notenbank führte am 5. August mit 12,4 % zum heftigsten Kurseinbruch des japanischen Leitindex Nikkei 225 seit 1987 und löste eine globale Kettenreaktion aus. Einen Tag später verzeichnete der Index mit 9,4 % den höchsten Tagesgewinn seiner Geschichte. Im Zuge der Erholung und beflügelt durch die Notenbankpolitik sowie die amerikanische Präsidentschaftswahl erreichte der deutsche Leitindex DAX 40 Mitte Dezember mit 20.426,27 Punkten ein neues Allzeithoch bezogen auf den Tagesschlusskurs. Die Jahresperformance lag bei 18,8 %.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wurde durch eine mangelnde Investitionsbereitschaft bei einem gleichzeitig dringend benötigten Strukturwandel belastet. Insbesondere energieintensive Industriezweige litten an den im internationalen Vergleich hohen Energiekosten und der damit verbundenen sinkenden globalen Wettbewerbsfähigkeit. Zudem kamen bedingt durch die restriktive Haushaltspolitik der Ampel-Koalition vor deren Scheitern im Herbst nur wenig fiskale Investitionsimpulse. Auch wenn der Rückgang der Inflation die Kaufkraft der privaten Haushalte stärkte, zeigte sich kein nennenswerter Anstieg beim privaten Konsum, während die Sparquote in allen Quartalen anstieg. Diese Tendenzen spiegelten sich im Verlauf des Bruttoinlandsprodukts 2024 wider. Preisbereinigt sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal um 0,8 % im Vergleich zum Vorjahresquartal. Nach minimalen Wachstumsraten von 0,1 % im zweiten und dritten Quartal sank das BIP im letzten Quartal 2024 preisbereinigt um 0,4 %, sodass nach Angaben des statistischen Bundesamts insgesamt ein Rückgang von 0,2 % für 2024 zu Buche stand. Für das Folgejahr prognostiziert die Bundesregierung eine leichte Erholung des Wachstums in Höhe von 0,3 %, der Sachverständigenrat prognostiziert ein Wachstum von 0,4 %. Weitere Volkswirte gehen mitunter bestenfalls von einem Null-Wachstum bis hin zu einem weiteren leichten Rückgang aus. Zurückhaltend wird die wirtschaftliche Lage ebenfalls von Unternehmensseite beurteilt. So stieg der Ifo-Geschäftsklimaindex zwar zunächst bis April auf sein Jahreshoch von 89,0 Punkten, fiel jedoch in den folgenden Monaten bis auf sein Jahrestief im Dezember von 84,7 Punkten. Im Vergleich zum Euro-Raum schneidet Deutschland beim geschätzten BIP-Wachstum in beiden Jahren schlechter ab (Euro Raum 2024: 0,7 %, 2025: 1,3 %). Im globalen Vergleich wird für die US-amerikanische Volkswirtschaft nach einem starken Wachstum von 2,8 % im Jahr 2024 von einigen Volkswirten ein Rückgang auf 2,0 % für 2025 erwartet.

Der Rechtsschutz-Markt konnte 2024 laut GDV einen Vertragszuwachs von 0,8 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnen. Die Beitragseinnahmen erhöhten sich dabei um 5,3 %. Die Anzahl der im Geschäftsjahr gemeldeten Schäden nahm branchenweit um 2,5 % zu; die Schadenzahlungen nahmen um 4,2 % zu.

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2024 konnten wir unseren Marktanteil, bezogen auf die gebuchten Bruttobeiträge, im Vergleich zum Vorjahr leicht steigern. Dabei tragen wir den Ansprüchen der Kundinnen und Kunden an Qualität und einen attraktiven Preis mit unseren Produkten Rechnung. Die hohe Kundenzufriedenheit wird in Kundenbefragungen und Presseberichten laufend bestätigt.

Die Zahl der Verträge im Bestand ist um -1,2 % auf 1.019.798 (Vorjahr 1.031.799) zurückgegangen. Darin enthalten sind Gruppenverträge mit insgesamt rund 200.000 versicherten Personen. Aufgrund des stagnierenden Neugeschäfts liegen wir insgesamt unterhalb unserer Prognose, die von einem Bestandszuwachs zwischen 0,1 % und 1,0 % ausging.

Die Beitragseinnahmen sind gegenüber dem Vorjahr um 6,5 % gestiegen und liegen damit über der für das Geschäftsjahr prognostizierten Bandbreite von 4,0 % bis 5,0 %.

Für das Geschäftsjahr 2024 beträgt die bilanzielle Schadenquote 70,4 % (Vorjahr 72,1 %). Mit 96,0 % (Vorjahr 98,4 %) liegt die Combined Ratio inkl. Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung knapp unterhalb der prognostizierten Bandbreite von 96,5 % bis 98,5 %.

Die Bruttoerträge der Kapitalanlagen lagen 2024 bei 13,8 Mio. € (Vorjahr 11,2 Mio. €), die gesamten Aufwendungen der Kapitalanlagen bei 1,8 Mio. € (Vorjahr 1,2 Mio. €). Der Anstieg der Erträge resultierte in erster Linie aus deutlich gestiegenen Erträgen aus Beteiligungen (insbesondere bei Private Equity). Zuschreibungen bewegten sich mit 0,6 Mio. € unterhalb des Vorjahresniveaus in Höhe von 0,7 Mio. €, während Abgangsgewinne von 0,3 Mio. € deutlich auf 0,6 Mio. € anstiegen. Die im Vorjahresvergleich gestiegenen Abgangsverluste auf Kapitalanlagen (0,4 Mio. € nach 0,8 Tsd. € waren der wesentliche Treiber für den Anstieg der Aufwendungen. In Summe stieg das Netto-Kapitalanlageergebnis in Höhe von 12,0 Mio. € deutlich und damit entgegen der Erwartungshaltung vom Vorjahr (10,0 Mio. €) an. Der Kapitalanlagebestand ist – wie in der Vorjahresprognose prognostiziert – moderat angestiegen von 475,0 Mio. € auf 512,4 Mio. €. Die Nettoverzinsung in Höhe von 2,4 % ist im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr entgegen der Erwartungshaltung deutlich gestiegen (Vorjahr 2,2 %).

Die Strategische Asset Allokation, also die Zielaufteilung der Kapitalanlagen, wurde Ende 2019 DEVK-weit angepasst. Die Zielquoten für Realwerte (insbesondere Immobilien und Alternative Investments) wurden dabei erhöht, um einerseits dem seinerzeit vorherrschenden Niedrigzinsniveau zu begegnen und andererseits den realen Werterhalt und somit insgesamt die langfristige Ertragsituation zu verbessern. Im Jahresverlauf wurde die effektive Aktienquote zu Buchwerten insgesamt moderat reduziert. Mittelfristig ist ein weiterer Aufbau der Aktienpositionen geplant. Der Aufbau anderer langfristig orientierter Realwerte fokussierte sich im Jahr 2024 auf Alternative Investments. Der Immobilienbestand stieg zwar in der absoluten Betrachtung an, relativ zum wachsenden Kapitalanlagebestand sank die Immobilienquote jedoch.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit liegt mit 19,2 Mio. € oberhalb der prognostizierten Bandbreite von 14,0 Mio. € bis 16,0 Mio. €.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Versicherungstechnische Rechnung	8.948	3.380	5.568
Ergebnis aus Kapitalanlagen	11.967	10.008	1.959
Sonstiges Ergebnis	-1.763	-1.896	133
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	19.152	11.492	7.660
Steuern	92	74	18
Gewinnabführung	19.059	11.418	7.641
Jahresüberschuss	-	-	-

Versicherungstechnisches Ergebnis

Die gebuchten Bruttobeiträge haben sich gegenüber dem Vorjahr (203,9 Mio. €) um 6,5 % auf 217,2 Mio. € erhöht.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle haben sich trotz gestiegener Schadenmeldungen und höherer Streitwerte nur leicht um 3,9 % auf 152,8 Mio. € (Vorjahr 147,1 Mio. €) erhöht. Deren Anteil an den verdienten Beiträgen beläuft sich auf 70,4 % (Vorjahr 72,1 %). Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb sind auf 55,3 Mio. € (Vorjahr 52,9 Mio. €) gestiegen. Deren Verhältnis zu den verdienten Beiträgen ergibt 25,5 % (Vorjahr 26,0 %).

Das versicherungstechnische Ergebnis hat sich aufgrund der positiven Beitragsentwicklung, den umgesetzten Maßnahmen (z. B. Schadensteuerung) sowie der positiven Abwicklung auf 8,9 Mio. € erhöht (Vorjahr 3,4 Mio. €).

Kapitalanlageergebnis

Nach Abzug der Aufwendungen für Kapitalanlagen betragen 2024 die Netto-Kapitalerträge 12,0 Mio. € (Vorjahr 10,0 Mio. €). Der Anstieg zum Vorjahr resultierte im Wesentlichen aus ordentlichen Erträgen aus strategischen Finanzbeteiligungen (1,2 Mio. € nach 0,2 Mio. €) – insbesondere bei Private Equity Investments. Ferner wurden 0,6 Mio. € ordentliche Zinserträge aus Termingeldern generiert (Vorjahr 0,0 Mio. €). Insgesamt sind die Bruttoerträge deutlich von 11,2 Mio. € auf 13,8 Mio. € gestiegen. Die Aufwendungen stiegen getrieben durch höhere Abgangsverluste ebenfalls deutlich von 1,2 Mio. € auf 1,8 Mio. € an. Somit liegt das Kapitalanlageergebnis für das Jahr 2024 insgesamt, wie zuvor beschrieben, entgegen der Erwartung deutlich über dem Vorjahresniveau.

Steuern

Aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE wurde eine körperschaft- und gewerbesteuerliche Organschaft hergestellt.

Steuern vom Einkommen und Ertrag resultierten aus ausländischer Quellensteuer und aus den Bestimmungen des § 36a EStG. Bei den sonstigen Steuern handelt es sich zum überwiegenden Teil um Grund- und Lohnsteuer.

Geschäftsergebnis und Gewinnverwendung

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit beträgt 19,2 Mio. € (Vorjahr 11,5 Mio. €). Der nach Steuern verbleibende Gewinn in Höhe von 19,1 Mio. € (Vorjahr 11,4 Mio. €) wird aufgrund des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags an die DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE abgeführt.

Umsatzrendite

Eine Kennziffer zur Steuerung des Unternehmens ist die „bereinigte Umsatzrendite“ des selbst abgeschlossenen Geschäfts. Diese ist definiert als Jahresüberschuss vor Steuern und Gewinnabführung, bereinigt um die Aufwendungen für Beitragsrückerstattung sowie die Veränderung der Schwankungsrückstellung, im Verhältnis zu den verdienten Bruttobeiträgen.

Die bereinigte Umsatzrendite liegt mit 9,0 % (Vorjahr 5,9 %) oberhalb der prognostizierten Bandbreite von 7,0 % bis 8,0 %.

Finanzlage des Unternehmens

Cashflow

Die zur Bedienung der laufenden Zahlungsverpflichtungen erforderliche Liquidität ist durch eine laufende Liquiditätsplanung, die die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung der folgenden zwölf Monate berücksichtigt, gewährleistet. Der Gesellschaft fließen durch Beitragseinnahmen, durch die Kapitalanlageerträge und durch den Rückfluss von Kapitalanlagen laufend liquide Mittel zu. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit, das heißt der Mittelbedarf für das Nettoinvestitionsvolumen, betrug im Geschäftsjahr 3,9 Mio. €. Die hierfür erforderlichen Mittel wurden ausschließlich durch die laufende Geschäftstätigkeit erwirtschaftet.

Vertragsbezogene Rückstellung für Beitragsrückerstattung

In einem bestehenden Gruppenversicherungsvertrag war ein Teil der Beiträge in Höhe von 0,4 Mio. € der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zuzuführen. Diese darf nur zweckgebunden verwendet werden.

Ratings

Die Rating-Agentur Fitch hat auch im Jahr 2024 die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG bewertet und die Finanzstärke des Unternehmens unverändert mit der Note „A+“ (sehr gut) ausgezeichnet. Der Ausblick ist weiterhin „stabil“.

Vermögenslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Kapitalanlagen	512.428	475.038	37.390
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	808	769	39
Sonstige Forderungen	10.829	1.670	9.159
Übrige Aktiva	7.048	6.294	754
Gesamtvermögen	531.113	483.771	47.342
Eigenkapital	60.563	60.563	-
Versicherungstechnische Rückstellungen	434.501	394.650	39.851
Andere Rückstellungen	7.724	7.570	154
Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	3.049	3.338	-289
Sonstige Verbindlichkeiten	22.416	14.580	7.836
Rechnungsabgrenzungsposten	2.860	3.070	-210
Gesamtkapital	531.113	483.771	47.342

Die Kapitalanlagen der Gesellschaft betragen am Ende des Geschäftsjahres 512,4 Mio. € (Vorjahr 475,0 Mio. €) und entfielen im Wesentlichen auf Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie Inhaberschuldverschreibungen. Insgesamt ergaben sich in der Zusammensetzung des Kapitalanlagebestands 2024 zu Buchwerten keine wesentlichen materiellen Veränderungen. Der Anteil der Alternativen Investments sowie der Zinsblock sind angewachsen.

Die stärkere Ausrichtung der Kapitalanlagestrategie in Richtung der Realwerte spiegelt sich in der Veränderung des Kapitalanlagebestandes nur in geringem Maße wider. Dies liegt zum einen daran, dass die Anpassung der Asset Allokation insbesondere bei illiquiden Kapitalanlagen einen mittelfristigen Prozess darstellt. Zum anderen erfolgt zur Risikosteuerung eine taktische Anpassung der Kapitalanlagen, welche Anpassungen kompensieren oder auch verstärken kann.

Die sonstigen Verbindlichkeiten resultieren fast ausschließlich aus der Gewinnabführung.

Die Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr beträgt 39,9 Mio. € und ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Anzahl der gemeldeten Schäden angestiegen ist.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Telefonische Erreichbarkeit

Um einen bestmöglichen Service zu bieten, haben wir uns zum Ziel gesetzt, mindestens 80 % aller eingehenden Anrufe anzunehmen. Auf Jahressicht haben wir diese Annahmequote, wie in den Vorjahren, erreicht.

Kundenzufriedenheit

Die Kundenzufriedenheit ist für die DEVK das oberste strategische Ziel. Deshalb analysiert die DEVK jährlich die Zufriedenheit ihrer Kundinnen und Kunden.

Hierfür wird eine Versicherungsmarktstudie zugrunde gelegt, die die Kundenzufriedenheit von 21 Top-Serviceversicherern in Deutschland anhand einer Punkteskala abbildet. Entwicklungen im Zeitablauf und im Mitbewerbervergleich werden hierdurch anschaulich messbar. Im Hinblick auf die Gesamtzufriedenheit belegt die DEVK aktuell Platz 7. Als Ziel für die Kundenzufriedenheit hat sich die DEVK für die kommenden Jahre die Erreichung des ersten Platzes gesetzt.

Die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG erhielt 2024 erneut verschiedene Auszeichnungen, die die hohe Kundenzufriedenheit bestätigen.

Kundenzufriedenheitsindex		
	Geschäftsjahr Punkte	Vorjahr Punkte
Ist	777	772
Ziel	777	774

Für 2025 wurde als Zielwert 790 Punkte festgelegt.

Mitarbeitendenzufriedenheit

Der DEVK ist die Meinung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig. Die Zufriedenheit und das Engagement der Mitarbeitenden mit ihrem Arbeitskontext sowie mit ihren Führungskräften, Kolleginnen und Kollegen, Aufgaben sowie der Unternehmenskultur ist das Herzstück der Arbeitgeberattraktivität.

Mitarbeitendenbefragungen sind ein fester Bestandteil der DEVK-Kultur. Ein gutes Betriebsklima ist der DEVK wichtig. Sie fragt die Belegschaft regelmäßig nach ihrer Meinung. In anonymen Onlineumfragen geht es um Einschätzungen und Wünsche. Das Unternehmen veröffentlicht die Ergebnisse intern und bezieht sie in zukünftige Entscheidungen mit ein. Mit der Befragungslandschaft „DEVK VOICE classic“ werden regelmäßig Befragungen zu aktuellen Themen im Innen- und Außendienst durchgeführt. Außerdem hat die DEVK die Umfrage zur Erfassung psychischer Gefährdung am Arbeitsplatz, zu der die DEVK gesetzlich verpflichtet ist, extrahiert. Diese sogenannte „VOICE Mental Health“ wurde im Mai 2024 erstmals auf neuem Wege unternehmensweit durchgeführt und wichtige Erkenntnisse über Ressourcen und Belastungen in der DEVK gewonnen.

Mitarbeiterzufriedenheitsindex

	Geschäftsjahr Punkte	Vorjahr Punkte
Ist	714	708
Ziel	733	763

Für 2025 wurden 720 Punkte als Zielwert festgelegt.

Gesamtaussage zum Wirtschaftsbericht

Das Geschäftsjahr 2024 war durch Konjunkturschwäche in Deutschland und das Scheitern der Ampel-Koalition geprägt. Insgesamt wurde dennoch erneut ein versicherungstechnischer Gewinn erzielt. Das versicherungstechnische Ergebnis liegt mit 8,9 Mio. € oberhalb des Vorjahreswertes (3,4 Mio. €). Unter Berücksichtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG wirtschaftlich weiterhin solide aufgestellt.

Das Kapitalanlageergebnis wurde 2024 durch stark steigende Aktienmärkte und ein weiterhin hohes Zinsniveau beeinflusst.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Die ersten Monate des neuen Jahres sind durch politische Entscheidungen, insbesondere die Bundestagswahl 2025 und deren Auswirkungen, geprägt. Für 2025 erwarten wir einen leichten Bestandszuwachs zwischen 0,1 % und 0,5 % sowie ein Beitragswachstum von 3,5 % bis 4,5 %.

Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2025 eine Combined Ratio inkl. Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrück-erstattung in der Bandbreite von 94,0 % bis 96,0 %.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der kommenden Jahre wird nicht unwesentlich durch die zweite Amtszeit Donald Trumps und die damit verbundenen Folgen geprägt werden. Insbesondere der verfolgte „America-First-Ansatz“ führt zu konträren Rahmenbedingungen zwischen den USA und dem Rest der Welt (insbesondere Europa und China), was sich auch in der Entwicklung der Inflationsraten und der damit verbundenen Notenbankpolitik widerspiegeln wird. Die geforderte Einführung von Einfuhrzöllen der Trump-Administration könnte in Kombination mit Gegenzöllen in Europa zu einem Wiederaufkeimen der Inflation, sowohl in den USA, als auch in Europa, führen. Andererseits dominiert die konjunkturelle Schwäche in Europa, sodass wir davon ausgehen, dass die EZB in der Tendenz weiter eine expansive Geldpolitik betreiben kann, um Investitionsanreize zu schaffen. In den USA hingegen erwarten wir, dass die Fed bedingt durch den Preisdruck kurz- bis mittelfristig zu einer restriktiveren Notenbankpolitik zurückkehrt, die Zinsen also erhöht.

In Deutschland wird die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich vom Ausgang der Koalitionsverhandlungen der vorgezogenen Bundestagswahl nach dem Scheitern der Ampel-Koalition abhängen. Nötig sind insbesondere wirtschaftspolitische Maßnahmen, um die globale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industriezweige wiederherzustellen und die deutsche Exportwirtschaft zu stärken. Eine signifikante Trendwende

nehmen wir aufgrund der möglichen Regierungskonstellationen jedoch nicht an. Diese Einschätzung spiegelt auch der Ifo-Geschäftsklimaindex für Deutschland wider, welcher sich zum Jahresende hin weiter verschlechtert hat. Insbesondere die Erwartungshaltung der befragten Unternehmen trübt sich weiter ein. Zudem sind wichtige wirtschaftliche Frühindikatoren, wie Einkaufsmanagerindizes, im Jahresverlauf kontinuierlich gesunken. So notierte der Einkaufsmanagerindex der Industrie in Deutschland zum Jahresende 2024 mit 42,5 Punkten deutlich unter der neutralen 50-Punkte-Marke.

Bestehende und drohende militärische Konflikte verstärken unserer Einschätzung nach zudem bereits bestehende deglobalisierende Tendenzen, was wiederum inflationär wirkt. Eine erneute Eskalation im Nahen Osten und eine politische/militärische Neuordnung der Region nach dem Zusammenbruch des Assad-Regimes in Syrien könnte zudem Auswirkungen auf die Energiepreise und somit auch auf die globalen Kapitalmärkte haben, was wiederum inflationstreibend wirken könnte. Daneben herrscht eine große Diskrepanz zwischen den negativen Fundamentaldaten und der durchaus positiven Gewinnerwartung vieler Aktienunternehmen der großen Indizes, sodass wir insgesamt für den Aktienmarkt 2025 ein volatiles Umfeld prognostizieren.

Die globale Konjunktur steuert nach Prognosen des Internationalen Währungsfonds auf ein im historischen Kontext schwaches Wirtschaftswachstum von 3,2 % für 2025 zu und bewegt sich damit auf dem Niveau von 2024. In China ist laut IWF zudem kein Ende der Krise am Immobilienmarkt, der einen großen Anteil am BIP hat, in Sicht. Für 2024 geht der IWF für China von einem Wachstum von 4,8 % und 4,5 % in 2025 aus. Gerade für exportgetriebene Länder wie Deutschland würde diese Tendenz einen weiteren Wachstumsdämpfer darstellen.

Insgesamt sehen wir aufgrund der beschriebenen Unsicherheiten einen anhaltend volatilen Kapitalmarkt im Jahr 2025. Im Rahmen der gesunkenen Inflation und der zuletzt expansiven Notenbankpolitik sind in Europa insbesondere aufgrund der konjunkturellen Schwäche mittelfristig sinkende Renditen im kurz- und mittelfristigen Laufzeitenbereich wahrscheinlich. Dies führt zu einer weiteren Normalisierung der Zinsstrukturkurve, sodass die kurzfristigen Renditen wieder tiefer liegen als die langfristigen. Sollte das Renditeniveau bei längeren Laufzeiten – wie von uns erwartet – nicht so stark sinken, wäre dies für Langfristanleger wie Lebensversicherungen zur Abbildung versicherungstechnischer Verpflichtungen in der Kapitalanlage von Vorteil.

Für die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG prognostizieren wir im Bereich der Kapitalanlagen im Jahr 2025 bei moderat steigendem Kapitalanlagebestand ein absolutes Ergebnis deutlich unterhalb des Vorjahresniveaus. Dies begründet sich unter anderem durch die Erwartung tendenziell gleichbleibender Erträge aus Aktien aufgrund bestehender Unsicherheiten am Kapitalmarkt. Andererseits erwarten wir eine leichte Erholung im Immobilienbereich, was sich in einer positiven Wertentwicklung ausdrückt. Die erwartete Normalisierung der Zinsstrukturkurve und die damit verbundene höhere Verzinsung in der Neu- und Wiederanlage am mittleren und hinteren Ende der Kurve wird unserer Einschätzung nach noch keine positive Auswirkung auf die absolute laufende Verzinsung in Prozent der Kapitalanlagen zur Folge haben, was sich in einem deutlichen Rückgang der Kennzahl niederschlägt. Insgesamt erwartet die Gesellschaft einen deutlichen Rückgang der Nettoverzinsung. Die prognostizierte Entwicklung kann bei einem Wiederanstieg der Inflation, der Einführung und Ausgestaltung von Handelszöllen seitens der USA, einer tieferen und länger anhaltenden Rezession oder der zunehmenden Eskalation globaler militärischer Konflikte negativ abweichen. Eine weniger protektionistische Handelspolitik der USA in Kombination mit einer weniger restriktiven Notenbankpolitik der Fed sowie eine expansivere Geldpolitik der EZB zur Stärkung des Investitionsklimas in Europa hingegen könnten das Ergebnis, insbesondere an den Aktienmärkten, positiv beeinflussen.

Aus der normalen Geschäftstätigkeit erwarten wir ein Ergebnis in der Größenordnung von 19,0 Mio. € bis 21,0 Mio. €.

Auf dieser Basis rechnen wir mit einer „bereinigten Umsatzrendite“ des selbst abgeschlossenen Geschäfts in Höhe von 8,5 % bis 9,5 %.

Im Geschäftsjahr 2025 strebt die DEVK eine weitere Verbesserung der Kundenzufriedenheit an. Der zur Messung verwendete Index soll von 777 Punkten (Istwert 2024) auf 790 Punkte gesteigert werden.

Bezüglich der Mitarbeitendenzufriedenheit hat sich die DEVK einen Indexwert von 720 Punkten als Ziel gesetzt. Das Ziel für 2025 liegt damit 6 Punkte über dem Istwert 2024.

Chancenbericht

Wir als DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG verfolgen die Strategie: Unterstützung für Versicherte sowie Nichtversicherte in ihren Rechtsangelegenheiten zu leisten. Dies setzen wir durch unsere angebotenen Produkte um.

Unsere Service-Angebote werden von unseren Kundinnen und Kunden sehr gut angenommen und positiv bewertet, wie uns eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Service-Qualität mit dem Prädikat „sehr gut“ in Gesamtbewertung bescheinigt. Somit freuen wir uns wiederholt als einer der führenden Rechtsschutzversicherer Deutschlands im Bereich Leistung ausgezeichnet worden zu sein.

Im Rahmen der repräsentativen Versicherungsmarktstudie KUBUS wurden wir von unseren Kundinnen und Kunden in den Kategorien „Kundenzufriedenheit“, „Betreuung“, „Service“ und „Preis-Leistung“ mit „sehr gut“ bewertet.

Wir sind zuversichtlich, unsere Kundinnen und Kunden weiterhin durch maßgeschneiderte Lösungen zu überzeugen. Im Leistungsfall unterstützen wir mit einem umfassenden Serviceangebot, wodurch lange Rechtsstreitigkeiten vermieden werden können. Damit leisten wir einen wesentlichen Beitrag für das positive Kundenerlebnis der Gesamtmarke DEVK. Besonders hervorzuheben ist, dass wir etliche Freemium-Leistungen anbieten.

Durch die stetige Optimierung unserer Prozesse sorgen wir dafür, dass unser Geschäft effektiv und effizient verarbeitet wird.

Im Zusammenspiel von konkurrenzfähigen Produkten, einem umfangreichen Service, unserer flächendeckenden Vertriebsstruktur sowie unseren digitalen Aktivitäten sehen wir uns daher gut aufgestellt.

Der Verkehrsmarkt ist auch im Jahr 2025 für die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG ein wichtiger Partner. Exemplarisch gehen wir in diesem Jahr eine Kooperation mit einer weiteren Verkehrs-Gewerkschaft ein.

In der Kapitalanlage sehen wir im Jahr 2025 neben den Risiken und trotz des volatilen Marktumfeldes auch attraktive Investitionsmöglichkeiten. In der Regel steigen in einem Rezessionsumfeld die Risikoaufschläge auf Anleihen im Gesamtmarkt an, sodass auch Unternehmen mit guter Bonität höhere Renditen zahlen müssen. Hier bietet sich die Möglichkeit unter Chance-Risiko Gesichtspunkten Anleihen mit attraktiven Renditen zu erwerben. Eine zunehmende Normalisierung der risikolosen Zinsstrukturkurve würde zudem positiv auf Kapitalanlagen wirken, die, wie beispielsweise Immobilieninvestitionen, teilweise variabel fremdfinanziert sind. Durch die erwartete Volatilität an den Aktienmärkten sehen wir 2025 Chancen insbesondere auf Einzeltitelebene.

Nach dem schwachen Immobilienergebnis 2024 infolge niedriger Bewertungen gehen wir 2025 von einer Erholung am Immobilienmarkt aus. Dafür spricht das grundsätzlich niedrigere Zinsniveau und die damit verbesserten Kreditkonditionen. Zusätzlich hält sich die Nachfrage nach Immobilien durch den Einbruch bei Neubauten in der jüngeren Vergangenheit auf einem guten Niveau. Gegebenenfalls bietet sich die Opportunität, derzeit niedrig bewertete Immobilien in sehr guten Lagen mit langfristigen bonitätsstarken Mietern günstiger zu erwerben und hiermit die Chance auf langfristig höhere Renditen. Der geplante Ausbau von Realwerten im Portfolio erhöht mittelfristig die Ertragschancen der Kapitalanlage.

Risikobericht

Gemäß § 289 Abs. 1 HGB und den Anforderungen des § 26 VAG in Verbindung mit den Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen (MaGo) wird an dieser Stelle über die Risiken der künftigen Entwicklung berichtet.

Risikomanagementsystem

Der Vorstand eines Versicherungsunternehmens ist nach § 26 Abs. 1 VAG für die Einrichtung eines angemessenen Risikomanagements verantwortlich. Die Grundlagen des Risikomanagements sowie die Aufgaben und Verantwortlichkeiten sind innerhalb der DEVK in der Risikostrategie sowie den Solvency II-Leitlinien zum Risikomanagement geregelt.

Die Risikomanagementfunktion und das zugehörige Risikomanagementsystem wurden gemäß den Solvency II-Anforderungen ausgerichtet. Die Risikomanagementfunktion wurde als Schlüsselfunktion in einer zentralen Einheit etabliert. Unterstützt wird die Risikomanagementfunktion durch dezentrale Risikomanagementeinheiten, wie z. B. Rückversicherung und Kapitalanlagen. Hierzu findet ein regelmäßiger Austausch, nicht zuletzt durch die dezentrale Risikorunde bzw. das Risikokomitee, statt. Das Risikomanagementsystem verfügt somit sowohl über eine zentral organisierte Einheit, deren Aufgabe es ist, das Risikomanagement übergreifend über alle Risikokategorien sicherzustellen, als auch über dezentrale Risikomanagementeinheiten, die mit ihrem Spezialwissen die Risikosituation betrachten. Die operative Risikoverantwortung der Fachbereiche sowie die Verantwortung des Vorstands bleiben hiervon unberührt. Die Risikomanagementfunktion verantwortet die Methoden und Verfahren des Risikomanagements und ist für die konzeptionelle Entwicklung und Pflege des unternehmensweiten Risikomanagementsystems zuständig. Sie übernimmt die Koordinationsfunktion und unterstützt die Risikoverantwortlichen in den Fachbereichen.

Kernelemente zur Steuerung der Risiken der DEVK sind das Risikotragfähigkeitskonzept und das Limitsystem. Das Risikotragfähigkeitskonzept stellt eine ausreichende Hinterlegung von Eigenmitteln für alle wesentlichen Risiken sicher. Es dient dazu, den Risikoappetit des Unternehmens abzubilden und zu operationalisieren. Dafür werden für die wesentlichen Risiken („Marktrisiko“, „versicherungstechnisches Risiko“ und „Ausfallrisiko“) Grenzwerte bestimmt, um die Zielbedeckungsquote der Unternehmen für ein vordefiniertes Sicherheitsniveau sicherzustellen. Dadurch werden den genannten Risiken jährlich neue Maximalgrenzen für das jeweilige Risikokapital zugeordnet.

Zur Operationalisierung der Risikosteuerung wird innerhalb der DEVK ein Limitsystem als Überwachungssystem zur frühzeitigen Risikoidentifikation und -bewertung eingesetzt. Die Limitauslastung wird in Form von Risikokennzahlen dargestellt.

Zusätzlich wird halbjährlich eine umfassende Risikoinventur durchgeführt. Die Risiken werden strukturiert mit Hilfe einer Softwarelösung erhoben und nach Risikokategorien unterteilt. Die Risiken werden soweit möglich quantifiziert. Die zur Risikosteuerung notwendigen Maßnahmen werden erfasst. Zudem werden Risiken ad hoc betrachtet, sofern sie wesentlich sind.

Mit Hilfe von Risikotragfähigkeitskonzept, Limitsystem und Risikoinventur kann unmittelbar und angemessen auf Entwicklungen reagiert werden, die für die DEVK ein Risiko darstellen. Wirksamkeit und Angemessenheit werden durch die Interne Revision überwacht.

Die Risikolage der Einzelunternehmen und des Konzerns wird quartalsweise anhand des Risikoberichts in der dezentralen Risikorunde sowie im Risikokomitee erörtert. Hierbei werden die als wesentlich identifizierten Risiken, die Limitauslastungen und die aktuellen Risikotreiber berücksichtigt. Anschließend wird der Risikobericht den jeweils verantwortlichen Vorständen im Rahmen einer Vorstandsvorlage vorgelegt.

Versicherungstechnische Risiken

Aufgrund des gezeichneten Geschäfts setzt sich das versicherungstechnische Risiko der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG aus den Risiken Prämien-, Reserve- und Stornorisiko zusammen. Bei der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG stellt das Prämien- und Reserverisiko das größte versicherungstechnische Risiko dar.

Dadurch, dass der Eintrittszeitpunkt, die Häufigkeit und die Höhe zukünftiger Schäden unbekannt sind, ist das Unternehmen dem Risiko von Schwankungen des jährlichen Schadenaufwands ausgesetzt. Dieses Risiko wird als Prämienrisiko bezeichnet.

Das Versicherungsunternehmen bildet Rückstellungen für die in der Vergangenheit eingetretenen Schäden. Da die Auszahlungszeitpunkte und die endgültige Höhe dieser Schäden in der Regel unbekannt sind, besteht für das Versicherungsunternehmen das Risiko, dass die gebildeten Rückstellungen nicht ausreichen. Dieses Risiko wird Reserverisiko genannt.

Das Stornorisiko besteht darin, dass ein unerwartet hoher Anteil an Verträgen, die mit einem Gewinn in der Prognose enthalten sind, von Versicherungsnehmern gekündigt werden.

Die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG betreibt das Rechtsschutzversicherungsgeschäft für überwiegend private Versicherungsnehmer und wendet die Standardformel mit Ausnahme für das Prämien- und Reserverisiko an. Die Solvenzkapitalanforderungen werden dabei unter Verwendung des Value at Risk der Basiseigenmittel zu einem Konfidenzniveau von 99,5 % über ein Jahr kalibriert.

Das Standardgeschäft der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG bedarf aufgrund seiner homogenen Struktur keiner Rückversicherung als Risikominderungsmaßnahme im versicherungstechnischen Risiko.

Als versicherungstechnische Risiken sind demnach insbesondere das Prämien-/Schadenrisiko und das Reserverisiko zu nennen. Diese werden mittels Standardformel unter Berücksichtigung von unternehmensspezifischen Parametern ermittelt.

Hierzu betrachten wir zunächst die Entwicklung der bilanziellen Schadenquote in den letzten zehn Jahren.

Bilanzielle Schadenquote

Jahr	in %	Jahr	in %
2015	81,2	2020	74,4
2016	79,6	2021	75,4
2017	79,6	2022	73,4
2018	75,8	2023	72,1
2019	72,5	2024	70,4

Im Geschäftsjahr 2024 war trotz gestiegener Streitwerte und der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland eine Verbesserung der bilanziellen Schadenquote f. e. R. zu verzeichnen.

Mit Hilfe unserer Planungs- und Steuerungsinstrumente können wir unerwünschte und gefährliche Vertriebs-, Bestands- und Schadenentwicklungen frühzeitig erkennen und diesen entgegenwirken.

Unsere versicherungstechnischen Rückstellungen bemessen wir auskömmlich durch vorsichtige Bewertung der bereits gemeldeten Schäden, durch zusätzliche Rückstellungen für statistisch zu erwartende, aber am Bilanzstichtag noch unbekannte Schäden, für solche Schäden, die nach dem Bilanzstichtag wiedereröffnet werden müssen und für die Stornierung von Verträgen, die nachträglich erfolgt. Dem Reserverisiko wird damit angemessen Rechnung getragen. Nachfolgend die Abwicklungsergebnisse der letzten zehn Jahre.

Abwicklungsergebnis in % der Eingangsrückstellung

Jahr	in %	Jahr	in %
2015	0,0	2020	1,9
2016	-0,1	2021	1,1
2017	-0,1	2022	2,8
2018	1,0	2023	5,0
2019	2,4	2024	5,6

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Die Risiken aus dem Ausfall ergeben sich aus Forderungen gegenüber Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmern sowie Versicherungsvermittlerinnen und Versicherungsvermittlern.

Unsere fälligen Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft betragen im Beobachtungszeitraum der letzten drei Jahre durchschnittlich 0,8 Mio. €. Von diesen Forderungen sind im Mittel 13,4 % ausgefallen. Bezogen auf die durchschnittlich gebuchten Bruttobeiträge (200,9 Mio. €) belief sich die Ausfallquote der letzten drei Jahre auf 0,05 %. Das Ausfallrisiko ist daher für unser Unternehmen von untergeordneter Bedeutung.

Zum Bilanzstichtag bestehen Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft mit einem Fälligkeitszeitpunkt älter als 90 Tagen in Höhe von 0,2 Mio. €.

Kapitalanlagerisiken

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen:

- das Risiko ungünstiger Marktpreisentwicklungen, insbesondere Zins-, Aktien-, Immobilien- oder Wechselkursrisiken,
- das Risiko von Adressenausfällen (Bonitätsrisiko),
- das Risiko stark korrelierender Risiken, die das Ausfallrisiko erhöhen (Konzentrationsrisiko),
- das Liquiditätsrisiko, also das Risiko, Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit nachkommen zu können.

Seit 1. Januar 2017 gibt der interne Anlagekatalog die maßgeblichen Rahmenbedingungen für unsere Anlagepolitik vor. Die Strategische Asset Allokation konkretisiert die Anlagepolitik der DEVK. Seit 2020 beinhaltet die Strategische Asset Allokation eine eigene Assetklasse für Alternative Investments (Infrastruktur und Sonstiges). Durch den geplanten weiteren Ausbau von nicht-zinsabhängigen Kapitalanlagen infolge der Anpassung der Strategischen Asset Allokation steigen mittelfristig die potenziellen Wertschwankungen und sinkt teilweise die kurzfristige Handelbarkeit der Kapitalanlagen. Der geplante Ausbau von Realwerten im Portfolio erhöht mittelfristig somit das Risikoniveau der Kapitalanlagen.

Kurs- und Zinsrisiken wird weiterhin durch eine ausgewogene Mischung der Anlagearten begegnet. Darüber hinaus beschränken wir das Bonitätsrisiko bzw. das Konzentrationsrisiko durch sehr strenge Rating-Anforderungen und ständige Überprüfung der von uns gewählten Emittenten, sodass keine existenzgefährdenden Abhängigkeiten von einzelnen Schuldnern bestehen. Durch einen fortlaufenden ALM-Prozess (Asset-Liability-Management) wird die jederzeitige Erfüllung der bestehenden und zukünftigen Verpflichtungen sichergestellt.

Dem Liquiditätsrisiko wird durch die regelmäßige Ermittlung der Auslastung der Liquiditätsklassen im Rahmen des Risikomanagementprozesses begegnet. Diese Kennzahl fließt ins Limitsystem ein. Zusätzlich werden Liquiditätsstresse auf die Liquiditätsplanung des Unternehmens gerechnet, um adversen Ereignissen am Kapitalmarkt oder der Passivseite Rechnung zu tragen. Zudem werden anlassbezogene Sensitivitätsberechnungen durchgeführt.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 haben wir einen eigenen Kapitalanlagestresstest durchgeführt. Dieser überprüft, ob das Versicherungsunternehmen trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf den Kapitalmärkten in der Lage ist, die gegenüber den Kunden eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Kapitalanlagestresstest simuliert eine kurzfristige, adverse Kapitalmarktveränderung und betrachtet die bilanziellen Auswirkungen für das Versicherungsunternehmen. Zielhorizont ist der nächste Bilanzstichtag. Es wird insbesondere eine negative Entwicklung auf dem Aktienmarkt bei gleichbleibendem Rentenmarkt, ein gleichzeitiger „Crash“ auf dem Aktien- und Rentenmarkt sowie auf dem Aktien- und Immobilienmarkt unterstellt.

Liquiditätsrisiken werden anhand einer detaillierten mehrjährigen Kapitalanlageplanung gesteuert. Sollte sich zukünftig eine Liquiditätsunterdeckung ergeben, kann frühzeitig gegengesteuert werden. Zur besseren Einschätzung der Liquiditätsrisiken werden auch Liquiditätsstressszenarien abgeleitet aus den Solvency II-Stressen durchgeführt und bewertet. Darüber hinaus werden die Kapitalanlagen in verschiedene Liquiditätsklassen eingeteilt. Vorgegebene Grenzwerte in Relation zum Kapitalanlagebestand dürfen dabei nicht unterschritten werden. Die Einhaltung der Grenzen wird regelmäßig überprüft.

Zur Absicherung von Kapitalanlagerisiken bestehen Ende 2024 die folgenden Maßnahmen:

- Flexible Steuerung der Investitionsquote im Spezialfonds z. B. über Indexfutures sowie teilweise die Implementierung von Wertuntergrenzen
- Anpassung von Aktienrisiken über Optionsgeschäfte.

Zinsblock

Per 31. Dezember 2024 beträgt der Zinsblock der Gesellschaft 392,9 Mio. €. Dieser weist zum Stichtag eine negative Bewertungsreserve in Höhe von 33,3 Mio. € auf (im Vorjahr minus 38,5 Mio. €). Insgesamt 234,6 Mio. € sind als Inhaberpapiere (inkl. Rentenfonds) bei Zinsanstiegen abschreibungsgefährdet. Von diesen Inhaberpapieren sind gemäß § 341 Abs. 2 HGB 234,6 Mio. € dem Anlagevermögen gewidmet, da die Absicht besteht,

diese Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten und etwaige Kursschwankungen als vorübergehend eingeschätzt werden. Sollte sich insbesondere die zweite Einschätzung als nicht zutreffend erweisen, werden die notwendigen Abschreibungen zeitnah vorgenommen. Diese Kapitalanlagen weisen eine negative Bewertungsreserve in Höhe von 16,3 Mio. € aus. Darin sind stille Lasten in Höhe von 17,8 Mio. € (Vorjahr 19,9 Mio. €) sowie stille Reserven in Höhe von 1,5 Mio. € (Vorjahr 0,9 Mio. €) enthalten. Da die Entwicklung der stillen Lasten primär auf die Marktzinsbewegung zurückzuführen ist und keine Anhaltspunkte für eine Bonitätsverschlechterung vorliegen, besteht aufgrund der Halteabsicht bis zur Endfälligkeit keine dauerhafte Wertminderung. Die Auswirkung einer Renditeverschiebung um +/- 1 %-Punkt bedeutet eine Wertveränderung von -24,2 Mio. € bzw. 27,0 Mio. €.

Die Angabe der Auswirkung eines Zinsanstiegs um einen Prozentpunkt gibt nur ansatzweise einen Hinweis auf den Einfluss auf unsere Ertragssituation. Grund dafür ist, dass sich innerhalb eines Jahres durch Restlaufzeitverkürzung der einzelnen Wertpapiere Marktwertveränderungen und Veränderungen der Zinssensitivität ergeben. Weiterhin ist der überwiegende Teil unserer Zinsanlagen in – dem Anlagevermögen gewidmeten – Inhaberschuldverschreibungen oder zum Nennwert bilanzierten Anleihen investiert. Hier führt ein Anstieg des Marktzinses aufgrund der Bilanzierungsvorschriften nicht zu Abschreibungen. Weisen die Wertpapiere noch stille Reserven aus, würden diese zunächst abgebaut. Ausnahme hiervon sind Wertverluste aufgrund von Bonitätsverschlechterungen, die sich bei den jeweiligen Emittenten ergeben könnten. Diese würden sich unter anderem in einer kurzfristigen Ausweitung der Risikozuschläge verdeutlichen. Sie bewegten sich im Jahr 2024 jedoch weitestgehend seitlich. Ansteigende Risikozuschläge infolge von Bonitätsverschlechterungen in einer wirtschaftlichen Abschwächung, Erwartung einer länger anhaltenden Rezession und einer wieder ansteigenden Inflation oder einer Aktienmarktkorrektur halten wir 2025 für möglich.

Unsere Zinsanlagen erfolgen überwiegend in Pfandbriefen und Bankschuldverschreibungen. Darüber hinaus wurde auch in Unternehmensanleihen investiert. Der Schwerpunkt der Rentenueanlage lag im Jahr 2024 in nationalen und internationalen Inhaberschuldverschreibungen von Unternehmen und Banken. Bei den Rentenanlagen insgesamt handelt es sich im Wesentlichen um Inhaberpapiere, die dem Anlagevermögen gewidmet sind sowie um Namenspapiere.

In einem niedrigen Umfang werden Anleihen von den europäischen Peripherieländern Italien und Spanien gehalten. Anleihen von Emittenten aus Russland und der Ukraine sind nicht im Direktbestand oder in durchgeschauten Spezialfonds vorhanden.

Hinsichtlich der Emittentenrisiken ist die Gesellschaft zu 5,4 % in Staatspapieren, 33,2 % in Unternehmensanleihen und 36,7 % in Wertpapieren und Anlagen von Kreditinstituten und anderen Finanzdienstleistern im Verhältnis zu den gesamten Kapitalanlagen investiert. Investitionen bei Kreditinstituten unterliegen größtenteils den verschiedenen gesetzlichen und privaten Einlagensicherungssystemen oder es handelt sich um Zinspapiere mit besonderen Deckungsmitteln kraft Gesetzes. Der Anteil der Baufinanzierungen liegt bei 0,6 % der gesamten Kapitalanlagen

Unsere Zinsanlagen weisen folgende Ratingverteilung auf:

Ratingverteilung		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
AA- und besser	45,3 %	46,4 %
A- bis A+	35,6 %	35,5 %
BBB- bis BBB+	18,6 %	18,2 %
BB+ und schlechter	0,5 %	0,0 %

Die Ratingverteilung der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht von „AA- und besser“ in Richtung der übrigen Ratingklassen verschoben. Insgesamt hat sich dadurch die Risikolage leicht verschlechtert. In der Neu- und Wiederanlage investieren wir nahezu ausschließlich in Zinspapiere mit hoher Bonität.

Aktienanlagen

Unsere Aktienanlagen sind schwerpunktmäßig am DAX und am EuroStoxx50 ausgerichtet, so dass die Veränderung dieser Indizes auch die Wertänderung unseres Portfolios relativ exakt abbildet. Bei einer Marktveränderung von 20 % verändert sich der Wert unseres Aktienportfolios um 7,3 Mio. €. Der deutsche Aktienindex hat sich inklusive Dividenden im Jahr 2024 positiv entwickelt, während die Wertentwicklung des europäischen Aktienindex zwar insgesamt positiv in relativer Betrachtung jedoch deutlich schwächer ausfiel. Die Schwankungen innerhalb des Jahres waren z. T. hoch. Mittelfristig erwarten wir eine positive Entwicklung, allerdings unter zum Teil hohen Volatilitäten.

Vor dem Hintergrund unserer Markteinschätzung haben wir die effektive Aktienquote im Spezialfonds im Jahr 2024 aktiv mitunter deutlich angehoben mit abfallender Tendenz in der zweiten Jahreshälfte 2024. Insgesamt liegt die effektive Aktienquote zum Jahresende unterhalb des Niveaus vom Jahresanfang. Sollten sich zukünftig infolge z. B. der Eskalation militärischer Auseinandersetzungen oder einer tieferen Rezession wirtschaftliche Probleme ergeben, kann die Aktienquote aktiv angepasst werden.

Dem Anlagevermögen gewidmete Aktien bzw. Aktienfonds in Höhe von 25,6 Mio. € weisen eine Bewertungsreserve in Höhe von 2,2 Mio. € (Vorjahr 1,8 Mio. €) aus. Darin sind stille Lasten in Höhe von 73,1 Tsd. € (Vorjahr 0,2 Mio. €) enthalten.

Immobilien

Am Bilanzstichtag waren 26,3 Mio. € in Liegenschaften investiert. Davon sind 13,1 Mio. € über Immobilienfonds und 8,6 Mio. € über Grundstücksbeteiligungen angelegt. Auf den Direktbestand der Immobilien in Höhe von 4,6 Mio. € erfolgten planmäßige Abschreibungen in einem Volumen von 75,7 Tsd. €. Auswirkungen aus einem möglichen Abschwung am Immobilienmarkt werden durch vorhandene stille Reserven, Diversifizierung und möglichst langfristige Mietverträge begrenzt. Abgesehen vom Inflationsrisiko, das über eine Indexierung der Mietverträge begrenzt wird, liegen keine besonderen Risiken vor.

Alternative Investments

Im Rahmen der Ende 2019 angepassten Strategischen Asset Allokation wurde beschlossen, diese Assetklasse weiter auszubauen. Der Bestand an Alternativen Investments (ohne Private Equity) verteilt sich auf Investitionen in Infrastruktur und Sonstiges. Das Volumen liegt zum 31. Dezember 2024 bei 13,1 Mio. € (Vorjahr 9,9 Mio. €). Dies entspricht 2,6 % (Vorjahr 2,1 %) der gesamten Kapitalanlagen zu Buchwerten. Der Bestand teilt sich auf in 81 % Infrastruktur und 19 % Sonstige Alternative Investments. Im Geschäftsjahr 2024 sind wie im Vorjahr keine Zu- und Abschreibungen entstanden. Der ordentliche Ertrag 2024 steigt von 70,9 Tsd. € im Vorjahr auf 83,8 Tsd. €. Konstruktionsbedingt entsteht bei Alternativen Investments der größte Teil der Kosten zu Beginn der Investitionsphase.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken entstehen aus unzulänglichen oder fehlgeschlagenen betrieblichen Abläufen, Versagen technischer Systeme, menschlichem Fehlverhalten oder externen Ereignissen. Rechtsrisiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Hierunter zählen auch Compliance-Risiken.

Das Management der operationellen Risiken erfolgt durch eine sorgfältige Ausgestaltung des Internen Kontrollsystems. Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der betrieblichen Abläufe sind zu den Risiken entsprechende Kontrollen eingerichtet. Deren Funktionsfähigkeit wird laufend überwacht, etwaige Kontrollschwächen werden beurteilt und gegebenenfalls beseitigt. Im Rahmen des Internen Kontrollsystem-Prozesses erfolgt eine Zuweisung klarer Zuständigkeiten für die regelmäßige Ermittlung, Dokumentation und Überwachung relevanter Exponierungen gegenüber dem Risiko.

Operationelle Risiken werden schwerpunktmäßig in der halbjährlichen Risikoinventur und fortlaufend in der Prozessdokumentation erfasst und beschrieben.

Die Unterstützung der Geschäftsprozesse durch den IT-Betrieb bringt eine Vielzahl operationeller Risiken mit sich. Die Sicherheit der Programme und der Datenhaltung sowie des laufenden Betriebs werden durch umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen sowohl in den internen Rechenzentren als auch in Rechenzentren der Drittanbieter (Cloud) gewährleistet. Die IT-Infrastruktur der DEVK ist redundant ausgelegt. Die beiden Rechenzentren sind über zwei getrennte Glasfaserleitungen miteinander verbunden. Es werden im Rahmen der Cloud-Strategie zunehmend Systeme in der Cloud betrieben.

Seit 17. Januar 2025 gilt die DORA-Verordnung, die der Sicherstellung der digitalen operationalen Resilienz im Finanzsektor dient. Die DEVK hat Anforderungen und Vorgaben an ihre Governance und Prozesse in einer DOR-Strategie verankert. Die DORA hat maßgeblichen Einfluss auf die Betrachtung von IKT-Risiken im Risikomanagementrahmen des Unternehmens. Hierzu werden bestehende Prozesse und Methoden (z. B. Risikoinventur oder Limitsystem) genutzt, um eine effiziente Steuerung der Risiken sicherzustellen. Dies schließt auch die IKT-Drittparteiensrisiken ein.

Künstliche Intelligenz (KI) bietet der DEVK Chancen, innovative Lösungen zu entwickeln und effizientere Prozesse zu gestalten, um Bedürfnissen ihrer Kundinnen und Kunden gerecht zu werden. Das Risikomanagement stellt im Einklang mit dem „EU AI Act“ sicher, dass potenzielle Gefahren und Schwachstellen in allen Phasen des Lebenszyklus eines KI-Systems systematisch identifiziert, bewertet und beherrscht werden. Die mit dem Einsatz von KI-System verbundenen Risiken werden im Rahmen des Risikomanagementprozesses gesteuert. Dies gewährleistet, dass KI-spezifische Risiken im Kontext der gesamten Unternehmensrisiken angemessen adressiert werden.

Die Informationssicherheits-Strategie der DEVK nennt als Sicherheitsziele die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit von Daten, Anwendungen und der IT-Infrastruktur. Zentrale Elemente des Informationssicherheits-Managements der DEVK sind das Informationssicherheits-Board und der Informationssicherheits-Beauftragte. Das Informationssicherheits-Board dient der strategischen Steuerung der Informationssicherheit der DEVK-Gruppe und der Vorbereitung sicherheitsrelevanter Entscheidungsvorlagen für den Vorstand. Der Informationssicherheits-Beauftragte steuert den Informationssicherheits-Prozess. Um ein gleichmäßiges und angemessenes Sicherheitsniveau zu erreichen, werden die Sicherheitsmaßnahmen am Schutzbedarf und den Bedrohungen ausgerichtet. Die DEVK strebt den Erhalt, im Hinblick auf das Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz) für den IT-Betrieb die Zertifizierungsreife nach ISO27001 auf Basis des IT-Grundschutzes nach Standard des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik an.

Ein weiterer Baustein der Informationssicherheit ist auch die Sensibilisierung der Mitarbeitenden für die Gefahren aus Social Engineering, Datenschutz und Cyberkriminalität. Hierzu werden über unser Weiterbildungsportal entsprechende Schulungen angeboten bzw. verpflichtend absolviert. Außerdem werden regelmäßig Phishing-Kampagnen zur Risikosensibilisierung durchgeführt. Die DEVK hat zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, um die Resilienz gegen Cyberangriffe weiter zu verbessern. Hervorzuheben sind die Einführung eines Werkzeugs zur Erkennung von Anomalien im internen Netz (NDR) und die Verbesserung des Schutzniveaus der Clients durch die Einführung eines Endpoint Detection and Response Systems (EDR).

Das Notfallmanagement (Business Continuity Management) ist Bestandteil des Internen Kontrollsystems. Es gewährleistet, dass die DEVK bei Unterbrechungen zeitkritischer Aktivitäten ihren Geschäftsbetrieb auf einem festgelegten Mindestniveau (Notbetrieb) fortsetzen und schnellstmöglich eine Wiederherstellung des Normalbetriebs erreichen kann. Zentraler Bestandteil des Notfallmanagements ist die Identifizierung der zeit- und geschäftskritischen Aktivitäten einschließlich der erforderlichen Ressourcen. Als kritische Aktivitäten werden all jene bezeichnet, durch deren Ausfall eine Bestandsgefährdung der DEVK-Gruppe erfolgen kann. Szenariospezifisch bestehen Notfallpläne, die einen definierten Notbetrieb gewährleisten und eine schnelle Rückkehr zum Normalbetrieb ermöglichen. Notfallübungen dienen der Überprüfung der getroffenen Maßnahmen.

Auf der Grundlage der Anforderungen wurde ein IT-Service Continuity Plan mit folgenden Bestandteilen entwickelt:

- IT-Notfallhandbuch,
- Wiederanlaufpläne für alle geschäftskritischen Anwendungs-Services und Basisdienste und
- übergeordneter Wiederanlauf-Gesamtplan.

Der IT-Service Continuity Plan wird regelmäßig getestet, um sicherzustellen, dass die IT-Systeme effektiv wiederhergestellt werden können.

Das Management von Kopfmonopolen und Schlüsselpositionen ist grundsätzlich Bestandteil der Personalstrategie der DEVK-Gruppe. Im Rahmen der Personalplanung werden Kopfmonopole und Schlüsselpositionen regelmäßig erhoben. Zur Vermeidung von Kopfmonopolen wird Wissen auf mehrere Mitarbeitende verteilt. Dokumentationen unterstützen die Einarbeitung und Verteilung von Wissen.

Dem demografischen Risiko begegnet die DEVK-Gruppe mit Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitgeberattraktivität. Hierzu zählen verstärktes Personalmarketing und flexible Arbeitszeitmodelle zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ein aktives Gesundheitsmanagement wirkt dem Krankheitsrisiko der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entgegen.

Rechtliche Risiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Rechtsänderungsrisiken bezeichnen Risiken, die sich aufgrund einer Änderung des Rechtsumfelds einschließlich der aufsichtsrechtlichen Anforderungen ergeben. Zu den Folgen aus Compliance-Risiken gehören rechtliche oder aufsichtsrechtliche Sanktionen und wesentliche finanzielle Verluste, die aus der Nichteinhaltung externer Anforderungen oder interner Vorgaben resultieren. Die DEVK hat ein Compliance-Management-System etabliert, das die Einhaltung externer Anforderungen und interner Vorgaben gewährleistet.

Solvency II

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen von Solvency II wurden umgesetzt.

Die DEVK Rechtsschutzversicherungs-AG hat im Jahr 2024 sämtliche Berichtspflichten, wie den Geschäftsbericht, den Bericht über die Solvabilität und Finanzlage, den Regular Supervisory Report und den Bericht zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung gegenüber der Aufsicht bzw. gegenüber der Öffentlichkeit erfüllt.

Die DEVK Rechtsschutzversicherungs-AG berechnet die Solvenzkapitalanforderung (SCR) anhand der Standardformel mit Unternehmensspezifischen Parametern (USP). Das SCR wiederum setzt sich aus verschiedenen Risikokategorien zusammen (versicherungstechnisches Risiko, Markt-, Ausfall- und operationelles Risiko). Die Summe aller Risiken stellt das Gesamtrisiko und somit das Risikoprofil dar. Die etwaigen Risikominderungsmaßnahmen, wie beispielsweise Hedgingmaßnahmen, sind im Gesamtrisiko verrechnet.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Solvency II werden erfüllt.

Projektionsrechnungen im Rahmen des letzten ORSA-Prozesses per 31. Dezember 2023 zeigen, dass eine ausreichende Bedeckung des Risikokapitals auch in Zukunft sichergestellt ist.

Insgesamt ist zurzeit keine Entwicklung erkennbar, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führt und damit den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnte.

Köln, 6. März 2025

Der Vorstand

Dr. Nabila Abaza-Uhrberg

Elmar Kaube

Olaf Nohren

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2024

Aktivseite	€	€	€	Vorjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		732.448		506
II. geleistete Anzahlungen		678.627		510
			1.411.075	1.016
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		4.602.097		4.678
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	50.275.868			46.716
2. Beteiligungen	9.587.493			9.284
		59.863.361		56.001
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	57.328.179			57.635
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	229.888.941			199.800
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	2.821.944			-
4. Sonstige Ausleihungen	155.423.201			154.424
5. Andere Kapitalanlagen	2.500.000			2.500
		447.962.265		414.360
			512.427.723	475.038
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	550.491			504
2. Versicherungsvermittler	257.920			265
		808.411		769
II. Sonstige Forderungen		10.829.378		1.670
davon:				
an verbundene Unternehmen: 10.668.762 €			11.637.789	2.439
				1.533
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		1.304.956		1.446
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		6.271		6
III. Andere Vermögensgegenstände		293		124
			1.311.520	1.576
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		4.323.697		3.699
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		1.725		3
			4.325.422	3.702
Summe der Aktiva			531.113.529	483.771

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Passivseite			
	€	€	€ Vorjahr Tsd. €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		21.000.000	21.000
II. Kapitalrücklage		37.285.378	37.285
III. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage	306.775		307
2. andere Gewinnrücklagen	1.971.306		1.971
		<u>2.278.081</u>	2.278
		60.563.459	60.563
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		428.996.200	389.609
II. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		5.346.198	4.897
III. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		<u>158.437</u>	143
		434.500.835	394.650
C. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		7.467.748	7.293
II. Sonstige Rückstellungen		<u>256.129</u>	277
		7.723.877	7.570
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
- Versicherungsnehmern		3.049.207	3.338
II. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>22.416.408</u>	14.580
davon:			17.918
aus Steuern: 2.995.898 €			2.820
gegenüber verbundenen Unternehmen: 19.059.174 €			11.418
		25.465.615	
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
		2.859.743	3.070
Summe der Passiva		531.113.529	483.771

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

Posten	€	€	€	€ Vorjahr Tsd. €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge				
- Gebuchte Bruttobeiträge			217.165.489	203.857
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge			351.587	68
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		113.442.828		115.113
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		<u>39.386.831</u>		31.961
			152.829.659	147.074
4. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			-14.971	-10
5. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen			448.750	561
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb			55.276.122	52.896
7. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen			-	3
8. Versicherungstechnisches Ergebnis			8.947.574	3.380
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		1.820.485		574
davon:				
aus verbundenen Unternehmen: 1.525.927 €				470
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		577.016		565
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		<u>10.147.706</u>		9.072
			10.724.722	9.637
c) Erträge aus Zuschreibungen		609.361		678
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>645.657</u>		317
			13.800.225	11.207
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		694.953		641
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		695.164		557
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>443.100</u>		1
			1.833.217	1.199
			11.967.008	10.008
3. Sonstige Erträge			1.790.835	1.567
4. Sonstige Aufwendungen			<u>3.553.901</u>	3.462
			-1.763.066	-1.896
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			19.151.516	11.492
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			26.748	17
7. Sonstige Steuern			<u>65.594</u>	58
			92.342	74
8. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne			19.059.174	11.418
9. Jahresüberschuss			-	-

Anhang

Angaben zur Identifikation gem. § 264 Abs. 1a HGB

Die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG, Köln, ist beim Amtsgericht Köln unter der Handelsregisternummer HRB 11144 eingetragen.

Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** (EDV-Software) wurden zu Anschaffungskosten bewertet und werden mit Ausnahme der geleisteten Anzahlungen planmäßig zwischen drei und zehn Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt. Geleistete Anzahlungen wurden zu Nennwerten bewertet. Bei geringwertigen Anlagegütern von untergeordneter Bedeutung, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Andernfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Die Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet. Die Gebäude werden planmäßig über 50 Jahre abgeschrieben. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** und die **Beteiligungen** wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen

Der Ansatz der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere**, der **Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere** erfolgte zu Anschaffungskosten, niedrigeren Börsenkursen oder zu dem niedrigeren beizulegenden Wert.

Der beizulegende Wert eines Fondsanteils wird auf Basis der Ermittlung der entsprechenden Werte der Einzelanlagen errechnet (Fondsdurchschau). Bei einem gemischten Fonds wird für Aktienpositionen und festverzinsliche Wertpapiere eine gesonderte Betrachtung durchgeführt und die weiteren Positionen (Zielfonds, Derivate, Bankguthaben, Forderungen etc.) werden unverändert zum Marktwert angesetzt. Im Rahmen der Durchschau in Fonds mit stiller Last auf den Anteilsschein werden die Schuldtitel im Fonds anhand einer bonitätsinduzierten Vorgehensweise auf stille Lasten analysiert. Nicht als voraussichtlich dauernd wertgemindert eingestufte Schuldtitel werden einheitlich mit ihrem Nennwert angesetzt. Hierbei wird beachtet, dass die (fortgeführten) Anschaffungskosten dieser Schuldtitel im Fonds im Durchschnitt nicht wesentlich vom Nennwert abweichen. Die Non-Investment Grade-Titel und andere als voraussichtlich dauernd wertgemindert eingestufte Schuldtitel, werden mit ihrem Börsen- oder Marktpreis berücksichtigt.

Derivate wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten oder zu dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bewertet. Bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte wurden Marktwerte herangezogen. Für Aktienoptionen, deren Wert zum Stichtag die passivierte Verbindlichkeit überstieg, wurde eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Die Berechnung erfolgte nach der Glatstellungsmethode.

Die **Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen** sind zu Anschaffungskosten abzüglich einer Einzelwertberichtigung für das latente Ausfallrisiko bilanziert worden.

Die Bilanzwerte der **Namenschuldverschreibungen** entsprechen den Nennwerten. Agio und Disagio wurden durch Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt.

Die Bilanzwerte der **Schuldscheinforderungen und Darlehen** werden zu fortgeführten Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation, einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und den Rückzahlungsbeträgen, unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Die **anderen Kapitalanlagen** wurden zu Anschaffungskosten bewertet.

Kapitalanlagen, die nach § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Kapitalanlagen, die dem Umlaufvermögen zugeordnet worden sind, wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sofern in früheren Jahren eine Abschreibung auf einen niedrigeren Wert erfolgte, wurde eine Zuschreibung vorgenommen, wenn diesen Vermögensgegenständen am Bilanzstichtag wieder ein höherer Wert beigemessen werden konnte. Die Zuschreibungen erfolgten bis zur Höhe der Anschaffungskosten oder auf den niedrigeren Börsenwert.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** sind zu Nennwerten abzüglich Einzelwertberichtigungen und einer Pauschalabwertung für das latente Ausfallrisiko bilanziert worden.

Die **sonstigen Forderungen** und die **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden, soweit sie nicht die Betriebs- und Geschäftsausstattung betrafen, zu Nennwerten bewertet. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen zwischen drei und zwanzig Jahren, bilanziert. Geleistete Anzahlungen wurden zu Nennwerten bewertet. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Andernfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden neben Vorauszahlungen für künftige Zeiträume, das Agio aus Namensschuldverschreibungen sowie die noch nicht fälligen Zinsansprüche zu Nennwerten angesetzt.

Die Bemessung der **versicherungstechnischen Rückstellungen** erfolgte nach den folgenden Grundsätzen:
Für Schadenfälle der letzten sechs Meldejahre wurde die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft mittels eines Gruppenbewertungsverfahrens bewertet. Alle noch nicht erledigten Schadenfälle älteren Meldedatums wurden nach Aktenlage einzeln bewertet. Für den Spätschadenbedarf sowie für wiederauflebende Schadenfälle wurden auf der Grundlage von Erfahrungswerten Pauschalrückstellungen gebildet.
In der Rückstellung wurden Beträge für die Schadenregulierungen berücksichtigt.

Die Bildung der **Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung** erfolgte aufgrund vertraglicher Vereinbarungen in einem Gruppenversicherungsvertrag.

Die **sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen** enthalten eine Stornorückstellung für Beitragsforderungen. Die Rückstellung wurde auf Basis der stornierten Verträge der letzten fünf Jahre hochgerechnet.

Die **anderen Rückstellungen** wurden nach folgenden Grundlagen gebildet:

Die Berechnung der **Pensionsrückstellung** erfolgte nach der sogenannten Projected Unit Credit-Methode auf der Basis der HEUBECK-Richttafeln 2018 G. Der Diskontierungszinssatz wurde mit 1,90 % (Vorjahr 1,83 %) angesetzt und auf Basis einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Als Finanzierungsendalter wurde die vertragliche Altersgrenze verwendet. Die Gehaltsdynamik wurde mit 2,0 % p. a., der Trend zur Beitragsbemessungsgrenze wurde mit 3,0 % p. a. und die Rentendynamik wurde je nach Zusage mit 1,0 % bzw. 2,0 % p. a. angesetzt. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB beträgt zum Stichtag -59.775 € (Vorjahr 70.014 €).

Die Höhe der Drohverlustrückstellungen wird nach der Glatstellungsmethode berechnet.

Die **sonstigen Rückstellungen** sind für das laufende Geschäftsjahr gebildet und bemessen sich nach dem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag.

Die **Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** und die **sonstigen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Unter den **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurde das Disagio aus Namensschuldverschreibungen sowie im Voraus empfangene Mieten angesetzt.

Die Währungsumrechnung von Posten in fremder Währung erfolgte zum Bilanzstichtag mit dem Devisenkassamittelkurs.

Angaben zu latenten Steuern erfolgen aufgrund der steuerlichen Organschaft auf Ebene der Organträgerin DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, Köln.

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis III. im Geschäftsjahr 2024

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Um- buchungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Zuschrei- bungen Tsd. €	Abschrei- bungen Tsd. €	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	506	378	53	-	-	205	732
2. geleistete Anzahlungen	510	222	- 53	-	-	-	679
3. Summe A.	1.016	600	-	-	-	205	1.411
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken							
	4.677	-	-	-	-	75	4.602
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	46.716	3.078	-	-	482	-	50.276
2. Beteiligungen	9.284	768	-	465	-	-	9.587
3. Summe B. II.	56.000	3.846	-	465	482	-	59.863
B. III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Invest- mentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	57.635	4.671	-	4.436	77	619	57.328
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	199.800	42.466	-	12.428	51	-	229.889
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	-	2.883	-	61	-	-	2.822
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	123.000	6.000	-	3.000	-	-	126.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	31.426	9	-	2.012	-	-	29.423
5. Einlagen bei Kreditinstituten	-	305.000	-	305.000	-	-	-
6. Andere Kapitalanlagen	2.500	-	-	-	-	-	2.500
7. Summe B. III.	414.361	361.029	-	326.937	128	619	447.962
insgesamt	476.054	365.475	-	327.402	610	899	513.838

Aufgrund von voraussichtlich dauernden Wertminderungen wurden bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,2 Mio. € vorgenommen.

Erläuterungen zur Bilanz

Zu Aktiva B.

Kapitalanlagen

Wir haben Kapitalanlagen, die dauerhaft im Kapitalanlagebestand gehalten werden sollen, gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Kapitalanlagen weisen zum 31. Dezember 2024 folgende Buch- und Zeitwerte aus:

Kapitalanlagen	Buchwert €	Zeitwert €
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.602.097	8.400.000
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	50.275.868	79.945.743
2. Beteiligungen	9.587.493	12.329.480
B. III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	57.328.179	69.139.342
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	229.888.941	213.992.657
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	2.821.944	2.927.788
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	126.000.000	111.891.115
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	29.423.201	26.501.984
5. Andere Kapitalanlagen	2.500.000	2.500.000
insgesamt	512.427.723	527.628.109
davon:		
zu Anschaffungskosten bewertete Kapitalanlagen	386.427.723	415.736.993
davon:		
Kapitalanlagen im Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB	273.335.666	261.156.090

In den Bewertungsreserven sind insgesamt stille Lasten in Höhe von 35,3 Mio. € enthalten. Diese entfallen auf die Sonstigen Kapitalanlagen.

Bei der Ermittlung der Zeitwerte wurden in Abhängigkeit von der jeweiligen Anlageart verschiedene Bewertungsmethoden angewandt.

Die Bewertung des Grundbesitzes erfolgte grundsätzlich nach dem Ertragswertverfahren. Alle am 31. Dezember 2024 vorhandenen Grundstücksobjekte wurden im Geschäftsjahr anhand von externen Gutachten neu bewertet.

Die Zeitwertermittlung für Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgte zum Teil auf der Basis von Ertragswerten bzw. zum Net Asset Value oder Buchwert gleich Marktwert.

Sowohl Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere als auch als auch Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden mit den Börsenjahresabschlusskursen bzw. Rücknahmepreisen bewertet.

Die Bewertung der durch Hypotheken, Grundpfandrechte und Rentenschuld abgesicherten Darlehen erfolgte auf Grundlage der tagesaktuellen Zinsstrukturkurve, wobei sowohl das Bonitäts- als auch das Objektisiko berücksichtigt wurden.

Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden auf der Grundlage der Renditestrukturkurve zu marktüblichen Konditionen ermittelt.

Die Zeitwertermittlung anderer Kapitalanlagen erfolgte Buchwert gleich Marktwert.

Bei auf fremde Währung lautenden Kapitalanlagen wurde der entsprechende Devisenkassamittelkurs zum Bilanzstichtag in die Zeitwertermittlung einbezogen.

Finanzinstrumente i. S. d. § 285 Nr. 18 HGB, die über ihrem beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden

	Buchwert Tsd. €	beizulegender Zeitwert Tsd. €
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.372	4.863
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	136.621	119.238
Sonstige Ausleihungen	131.907	114.482

Abschreibungen wurden unterlassen, da es sich nicht um voraussichtlich dauernde Wertminderungen handelt. Es ist beabsichtigt, diese Wertpapiere bis zu ihrer Fälligkeit zu halten bzw. nach unserem Bewertungstool oder unseren Analysen nur von einer vorübergehenden Wertminderung auszugehen ist.

Derivative Finanzinstrumente und Vorkäufe gemäß § 285 Nr. 19 HGB

	Art	Nominaler Umfang Tsd. €	Buchwert Prämie Tsd. €	beizulegender Wert
				der Prämie Tsd. €
Sonstige Verbindlichkeiten	Short-Put-Optionen	300	16	17
	Short-Call-Optionen	624	23	14

Bewertungsmethode

Optionen: europäische Optionen Black-Scholes
amerikanische Optionen Barone-Adesi

Anteile oder Anlageaktien an inländischen Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB

Anlageziel	Ausschüttung Tsd. €	Zeitwert Tsd. €	stille Reserven/ stille Lasten Tsd. €	Beschränkung der täglichen Rückgabe
Aktienfonds	849	26.956	777	
Immobilienfonds	350	15.042	1.919	zwischen 1 Monat bis nach 6 Monaten

Zu Aktiva B. II.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Anteil in %	Eigenkapital €	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres €
DEVK Saturn GmbH, Köln	33,33	59.634.474	-1.590.526
Grundversorgung S.C.S., Luxemburg (L)	3,87	181.130.010 ¹	284.140 ¹
KLUGO GmbH, Köln	100,00	1.562.419	315.457

¹ Basis Teilkonzernabschluss

Zu Aktiva B. III.

Sonstige Kapitalanlagen

Die **anderen Kapitalanlagen** setzen sich aus Private Equity Dachfondsanteilen zusammen, die primär in Private Equity Zielfonds investieren.

Zu Aktiva E. II.

Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Vorauszahlungen für künftige Leistungen	291 €
Agio aus Namensschuldverschreibungen	1.434 €
	1.725 €

Zu Passiva A. I.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 21,0 Mio. € ist in 21,0 Mio. auf den Namen lautende nennwertlose Stückaktien eingeteilt.

Zu Passiva B. I.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Das Abwicklungsergebnis des Geschäftsjahres beträgt 21,8 Mio. € (Vorjahr 17,9 Mio. €) und ist auf eine vorsichtige Reservierung in Vorjahren zurückzuführen.

Zu Passiva B. II.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

erfolgsunabhängig	
Stand 31.12.2023	4.897.448 €
Zuführung	448.750 €
Stand 31.12.2024	5.346.198 €

Zu Passiva E.

Rechnungsabgrenzungsposten

Disagio aus Namensschuldverschreibungen	2.859.743 €
---	-------------

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
gebuchte Beiträge	217.165	203.857
verdiente Beiträge	217.165	203.857
Aufwendungen für Versicherungsfälle	152.830	147.074
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	55.276	52.896
versicherungstechnisches Ergebnis	8.948	3.380
versicherungstechnische Rückstellungen insgesamt	434.501	394.650
davon:		
- Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	428.996	389.609
Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge	1.019.798	1.031.799

Im gesamten Versicherungsgeschäft entfielen von den Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb auf:

Abschlussaufwendungen	23.688.920 €
Verwaltungsaufwendungen	31.587.202 €

Zu Posten II 1. und II 2.

Erträge aus Kapitalanlagen und Aufwendungen für Kapitalanlagen

Von den Erträgen aus Kapitalanlagen entfallen 9.824 € (Vorjahr - €) auf die Währungsumrechnung. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen enthalten 9.209 € (Vorjahr 817 €) aus der Währungsumrechnung.

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen		
	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	35.603	33.930
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	-	-
3. Löhne und Gehälter	452	626
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-	-
5. Aufwendungen für Altersversorgung	457	-
insgesamt	36.512	34.556

Die Pensionsrückstellung für die im Wege des Gemeinschaftsvertrags zur Verfügung gestellten Mitarbeiter wird bei der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE bilanziert. Die Zuführung zur Pensionsrückstellung, mit Ausnahme der Zinszuführung, wird der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG belastet.

Unser Unternehmen verfügt nicht über eigenes Personal.

Gesamtbezüge der Gremien

Im Berichtsjahr betragen die Bezüge des Vorstands 488.216 €. Die Ruhegehälter früherer Vorstandsmitglieder bzw. Hinterbliebener beliefen sich auf 350.243 €. Für diesen Personenkreis war am 31. Dezember 2024 eine Pensionsrückstellung von 6.227.369 € bilanziert. Die Pensionsrückstellung für ausgeschiedene Anwärter belief sich auf 1.064.106 €. Die Vergütungen des Aufsichtsrats beliefen sich auf 66.784 €.

Die Anhangangabe § 285 Nr. 10 HGB zur Aufstellung der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrats befindet sich vor dem Lagebericht.

Abschlussprüferhonorare

Für Leistungen, die der Abschlussprüfer (PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) für das Unternehmen erbracht hat, wurden im Geschäftsjahr 74.456 € aufgewendet. Diese entfielen in vollem Umfang auf Abschlussprüfungsleistungen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestanden am Bilanzstichtag finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 16,9 Mio. €. Diese setzten sich zusammen aus den offenen Short-Optionen (0,9 Mio. €), Auszahlungsverpflichtungen aus genehmigten, aber noch nicht ausgezahlten Hypothekendarlehen (0,2 Mio. €) sowie den Resteinzahlungsverpflichtungen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen (16,0 Mio. €). Hierauf entfallen Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 10,4 Mio. €.

Auswirkungen aus dem Mindeststeuergesetz (MinStG)

Das MinStG, das am 15. Dezember 2023 vom Bundesrat final beschlossen wurde und am 28. Dezember 2023 in Kraft getreten ist, ist Teil des Mindestbesteuerungsrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (MinBestRL-UmsG), welches der nationalen Umsetzung der europäischen Richtlinie (EU) 2022/2523 des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Gewährleistung einer globalen effektiven Mindestbesteuerung für multinationale Unternehmensgruppen und große inländische Gruppen in der Europäischen Union dient. Das MinStG ist grundsätzlich auf Geschäftsjahre anwendbar, die nach dem 30. Dezember 2023 beginnen.

Die Gruppenträgerin der deutschen Mindeststeuergruppe sowie gleichzeitig die oberste Muttergesellschaft i. S. d. § 4 Abs. 3 MinStG ist der DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn. Auswirkungen aus der Anwendbarkeit des MinStG resultieren daher auf Ebene der Berichtsgesellschaft nicht.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres waren keine Vorgänge oder Ereignisse zu verzeichnen, die die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinflussen.

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wird gemäß den rechtlichen Vorschriften im Unternehmensregister veröffentlicht.

An unserer Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag die DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, Köln, mit 100 % beteiligt. Diese hat gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass ihr die Mehrheit der Stimmrechte zustehen.

Unsere Gesellschaft ist von der Verpflichtung, einen Konzernabschluss und Konzernlagebericht aufzustellen, befreit.

Name und Sitz des Mutterunternehmens, das den befreienden Konzernabschluss für den größten und zugleich kleinsten Kreis der Unternehmen aufstellt, in den das Unternehmen einbezogen wurde:

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn
Zentrale, Riehler Straße 190, 50735 Köln

Der Konzernabschluss ist auf der Homepage der DEVK unter www.devk.de eingestellt und wird im Unternehmensregister veröffentlicht.

Köln, 6. März 2025

Der Vorstand

Dr. Nabila Abaza-Uhrberg

Elmar Kaube

Olaf Nohren

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-Aktiengesellschaft, Köln

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-Aktiengesellschaft, Köln, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jah-

resabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- 1. Bewertung der Kapitalanlagen**
- 2. Bewertung der Schadenrückstellungen**

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

1. Sachverhalt und Problemstellung
2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
3. Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kapitalanlagen

1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden Kapitalanlagen in der Bilanz in Höhe von € 512.427.723 (96,5 % der Bilanzsumme) ausgewiesen. Die handelsrechtliche Bewertung der einzelnen Kapitalanlagen richtet sich nach den Anschaffungskosten und dem niedrigeren beizulegenden Wert bzw. deren Zeitwert. Nach § 341b Abs. 2 Satz 1 HGB können gewisse Kapitalanlagen von Versicherungsunternehmen, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet werden. In diesem Fall werden außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen (gemildertes Niederstwertprinzip) und nur vorübergehende Wertminderungen als stille Lasten in Folgejahre vorgetragen. Eine Bestimmung als dauernd dem Geschäftsbetrieb dienend setzt eine Dauerhalteabsicht und -fähigkeit für diese Kapitalanlagen voraus. Zur Ermittlung des beizulegenden Werts bzw. Zeitwerts wird – soweit vorhanden – der Marktpreis der jeweiligen Kapitalanlage herangezogen. Bei Kapitalanlagen, deren Bewertung nicht auf Basis von Börsenpreisen oder sonstigen Marktpreisen erfolgt (wie z.B. bei nicht börsennotierten Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen, bei Derivaten, bei sonstigen strukturierten und illiquiden Anleihen sowie Immobilien), besteht aufgrund der Notwendigkeit der Verwendung von Modellberechnungen ein erhöhtes Bewertungsrisiko. In diesem Zusammenhang sind von den gesetzlichen Vertretern Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen, auch im Hinblick auf mögliche Auswirkungen der makroökonomischen und geopolitischen Einflussfaktoren einschließlich der Zinsentwicklung auf die Bewertung der Kapitalanlagen zu treffen. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Kapitalanlagen haben.

Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung der Kapitalanlagen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft, des Umfangs der in Folge des gemilderten Niederstwertprinzips vorgetragenen stillen Lasten sowie der Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der Kapitalanlagen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der Kapitalanlagen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Spezialisten für Kapitalanlagen die von der Gesellschaft verwendeten Modelle und die von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unsere Bewertungsexpertise für Kapitalanlagen, unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit

der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Bewertung der Kapitalanlagen und Erfassung des Ergebnisses aus Kapitalanlagen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der Kapitalanlagen vorgenommen. In dem Zusammenhang haben wir auch die Einschätzung der gesetzlichen Vertreter hinsichtlich der Auswirkungen der makroökonomischen und geopolitischen Einflussfaktoren einschließlich der Zinsentwicklung auf die Bewertung der Kapitalanlagen gewürdigt. Wir haben unter anderem auch die zugrundeliegenden Wertansätze und deren Werthaltigkeit anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden und die Periodenabgrenzung überprüft. Hinsichtlich der Beurteilung vorhandener stiller Lasten haben wir gewürdigt, inwiefern die Voraussetzungen zur Dauerhalteabsicht und -fähigkeit vorlagen und vorhandene Wertminderungen nicht von Dauer sind. Darüber hinaus haben wir die von der Gesellschaft erstellten bzw. eingeholten Bewertungsgutachten (einschließlich der angewendeten Bewertungsparameter und getroffenen Annahmen) für die wesentlichen Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen und Immobilien der Gesellschaft gewürdigt. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Kapitalanlagen begründet und hinreichend dokumentiert sind.

3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Kapitalanlagen sind in den Abschnitten „Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden“ und „Erläuterungen zur Bilanz“ des Anhangs enthalten.

2. Bewertung der Schadenrückstellungen

1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle“ versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen (sog. „Schadenrückstellungen“) in Höhe von € 428.996.200 (80,8 % der Bilanzsumme) ausgewiesen. Versicherungsunternehmen haben versicherungstechnische Rückstellungen insoweit zu bilden, wie dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen sicherzustellen. Die Festlegung von Annahmen zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfordert von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft neben der Berücksichtigung der handels- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen eine Einschätzung zukünftiger Ereignisse und die Anwendung geeigneter Bewertungsmethoden.

Die Bewertung der Schadenrückstellung für bekannte Versicherungsfälle der letzten sechs Meldejahre erfolgt mittels einer Gruppenbewertung. Alle noch offenen Schadenfälle älteren Meldedatums werden individuell nach Aktenlage einzeln bewertet. Die Ermittlung der Rückstellungshöhe für die Gruppenbewertung sowie der Spätschäden aus unbekanntem Versicherungsfällen erfolgt nach pauschalem Verfahren unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Vergangenheit. Für wiederauflebende Schadenfälle wurden auf der Grundlage von Erfahrungswerten Pauschalrückstellungen gebildet.

Den bei der Ermittlung der Höhe der Schadenrückstellungen angewendeten Methoden sowie Berechnungsparametern liegen Ermessensentscheidungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter zugrunde. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Schadenrückstellungen haben.

Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung dieser Rückstellungen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft sowie der erheblichen Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und

den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der Schadenrückstellungen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der Schadenrückstellungen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Bewertungsspezialisten die von der Gesellschaft verwendeten Methoden und von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt sowie anerkannte Methoden berücksichtigt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Ermittlung und Erfassung von Schadenrückstellungen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der Schadenrückstellungen vorgenommen. Wir haben unter anderem auch die der Berechnung des Erfüllungsbetrags zugrunde liegenden Daten mit den Basisdokumenten abgestimmt. Damit einhergehend haben wir die berechneten Ergebnisse der Gesellschaft zur Höhe der Rückstellungen anhand der anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden und die Periodenabgrenzungen überprüft. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Schadenrückstellungen begründet und hinreichend dokumentiert sind.
3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Schadenrückstellungen sind in den Abschnitten „Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden“ und „Erläuterungen zur Bilanz“ des Anhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen

Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen

resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit

auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Art. 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 15. Mai 2024 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 29. Oktober 2024 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2024 als Abschlussprüfer der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Ludger Koslowski.

Köln, den 3. April 2025

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ludger Koslowski
Wirtschaftsprüfer

Maximilian Roestel
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres 2024 die Geschäftsführung des Vorstands aufgrund schriftlicher und mündlicher Berichterstattung laufend überprüft und sich in mehreren Sitzungen über die geschäftliche Entwicklung, die Geschäftspolitik und die Ertragslage des Unternehmens unterrichten lassen.

Die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die gemäß den gesetzlichen Vorschriften zum Abschlussprüfer bestellt wurde, hat den vom Vorstand erstellten Jahresabschluss und Lagebericht 2024 geprüft. Diese Prüfung hat zu keinen Beanstandungen geführt. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkung erteilt. Der Aufsichtsrat hat die Prüfungsergebnisse zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat nach Vorbereitung durch den Prüfungsausschuss den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht geprüft und gebilligt. Der Jahresabschluss 2024 ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Köln, 7. Mai 2025

Der Aufsichtsrat

Gottfried Rüßmann

Vorsitzender

